

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

114. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vorort jährlich 120 Mark, für den Rest des Reichs 130 Mark, für Ausland 150 Mark. Einzelhefte 1 Mark. Postzuschlag 10 Prozent.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Reichs und des Volksrates der Weimarer Republik, sowie Nachrichten über die Ereignisse in Leipzig, sowie verschiedene andere Nachrichten.

Anzeigenpreis: für den ersten Tag 1 Mark, für den zweiten Tag 80 Pfennig, für den dritten Tag 60 Pfennig, für den vierten Tag 50 Pfennig, für den fünften Tag 40 Pfennig, für den sechsten Tag 30 Pfennig, für den siebten Tag 20 Pfennig, für den achten Tag 15 Pfennig, für den neunten Tag 10 Pfennig, für den zehnten Tag 8 Pfennig, für den elften Tag 6 Pfennig, für den zwölften Tag 5 Pfennig, für den dreizehnten Tag 4 Pfennig, für den vierzehnten Tag 3 Pfennig, für den fünfzehnten Tag 2 Pfennig, für den sechzehnten Tag 1 Pfennig, für den siebzehnten Tag 1 Pfennig, für den achtzehnten Tag 1 Pfennig, für den neunzehnten Tag 1 Pfennig, für den zwanzigsten Tag 1 Pfennig.

Nr. 557

Montag, den 29. November

1920

Die Reform unserer Wirtschaft

Tagung des Gewerkschaftsrings
Vegrüßung durch Reichsarbeitsminister Braun. — Erkelenz über Ziel und Aufgabe des Gewerkschaftsrings.
(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 28. November.

Im ehemaligen Herrenhaus begann gestern nachmittag die erste Tagung des durch Verschmelzung der Tisch-Durcher-Verbände mit dem Allgemeinen Eisenbahnerverband und dem Gewerkschaftsverband entstandenen Gewerkschaftsrings, dem rund 700 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte angehören. Die sehr gut besuchte Tagung, an der Vertreter der Ministerien und Parlamente, der Eisenbahndirektion, des Deutschen Verwaltungsverbandes, des Deutschen Beamtenverbandes und des Reichswirtschaftsverbandes deutscher Berufsstände teilnahmen, wurde vom Vorsitzenden des Berliner Gewerkschaftsrings, Gustav Hartmann, begrüßt. Er wies in seiner Rede darauf hin, daß erst die letzten Ereignisse der äußeren Anstoß zu der bereits im Kriege geplanten Gründung eines Gewerkschaftsrings gebildet haben.

Darauf sprach der Reichsarbeitsminister Braun. Er begrüßte die Tagung im Namen des Reichshauptkammerpräsidenten und gab einen kurzen Rückblick auf die Bewegung, die mit dem Inkrafttreten des Koalitionsrechtes im Jahre 1898 begonnen habe. „Wir stehen vor einer neuen Periode deutscher Geschichte. Das traurige Ende des Krieges hat der Arbeiterschaft in Härte und Fülle in den Schoß gemorfen, wofür sie vor dem Kriege nur in den härtesten Kämpfen ringen konnte.“ Der Minister wies dann die politischen Errungenschaften der Arbeiterschaft gegen ihre wirtschaftlichen Pflichten an und kam zu dem Schluß, daß die Pflichten größer seien als die Rechte. (Beifall.) Danach der Gewerkschaftsring sei von einem Geiste erfüllt, der keine Rechte haben wolle, ohne auch seine Pflichten anzuerkennen. Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß die Regierung bei ihrer großen sozialen Aufgabe stets die Unterstützung des Gewerkschaftsrings finden werde.

Nach ihm sprach Abg. Erkelenz (Dem.) über Ziel und Aufgabe des Gewerkschaftsrings. Er bemängelt an anderen Zuständen besonders das Gebieten der Selbstverwaltung der Einzelnen, die für ein demokratisches Staatswesen wesentlich sei. Ebenso verdammenwert wie Wucher und Schieberhandel und die ungesunde Gewinnpolitik in Industrie und Handel sei die unsoziale Handlungsweise vieler Arbeitervereine, die durch wilde Streiks, Betriebsübernahmen usw. das Wirtschaftsleben unangenehm schädigen. Am diese sozialen Krankheitserscheinungen zu überwinden, hat sich der Gewerkschaftsring gebildet, der erstlich ein Widerstandswort an der Spitze der Arbeiterschaft in der Weltkriegszeit sein soll, zweitens die wirtschaftliche und soziale Erziehung der Arbeiter und die Förderung der Gemeinwohlpolitik und wahren sozialistischen Denkens und Handelns weiterzuführen. Besonders wendet sich Redner gegen den vom Oden berechnenden Bolschewismus. Die in jahrelanger Arbeit aufgebaute Gewerkschaftsorganisationen sind in Zukunft das wichtigste Werkzeug zur Hebung der Arbeiterschaft. Erkelenz erhebt Protest gegen jede Gewalt im Wirtschaftsleben. Am Gedanken des Tarifvertrages, der Vertragsstetigkeit und des Schlichtungsgerichtswesens werde festgehalten. Die Löhne müssen den Lebensunterhaltsgeldern angepaßt werden. Gefordert wird die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften, Aufbau dieser auf zentralorganisatorischer Grundlage und Abbau aller selbständigen Betriebsorganisationen und Betriebsratzentralen. Wir treten für Aufrechterhaltung und Förderung der Arbeitsgemeinschaftsgründungen ein. Die Arbeiterschaft kann ihre Ziele nur auf dem Wege des Rechts erreichen. Redner wendet sich dann gegen die marxistische Lösung sozialökonomischer Probleme. An die Stelle der von den Marxisten vorgeschlagenen diktatorischen Beherrschung der Produktionsmittel muß die demokratische Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Betrieben und dem betrieblichen Verbandsverbande eintreten. Die sozialen Schutzmaßnahmen und ihre Kontrolle müssen einheitlich und der Selbstverwaltung der Beteiligten anvertraut werden. An die Stelle der Sozialisierung stellt der Redner die Barwarealisierung der Produktionsmittel, so daß durch Einschränkung der Teilhaberschaft in großen Betrieben auch der Arbeitnehmer seinen Besitz erhalten könne. Der Betrieb müsse eine Arbeitsgemeinschaft werden. Die wichtigste Voraussetzung für alle diese Reformen sind Abkehrung des Friedensvertrages von Versailles und die Vereinigung aller Deutschen des ehemaligen Deutschen Reichs mit dem Deutschen Reich. Der Redner wurde auf Beifall ausgenommen.

Organisation lasse sich die Reform der Wirtschaft ausbauen. Der Redner behandelte dann ausführlich die Sozialisierung, die mit der Eigentumsfrage nicht erschöpft sei. Die Forderung der Arbeiter, den Betriebsrat die Kontrolle der Produktion zu übertragen, sei höchst gefährlich. Notwendig sei der zusagevolle Zusammenschluß der Industriellen. Bei der Schaffung von Ein- und Ausführgesellschaften sei es notwendig, die am meisten interessierten Männer, die Industriekapitalisten, an die Spitze zu stellen und ihre bewährte Kraft für die Allgemeinheit zu gewinnen. Das Privateigentum des Unternehmers könne nicht aufgehoben werden, wenn er nicht die Freude am Schaffen und den Wagemut verlieren solle. Der Begriff der industriellen Selbstverwaltung werde sich zweifellos Bahn brechen. In der Gewerkschaft solle der Arbeiter mit dem Unternehmer zusammenschließen. Der Staat, der nun einmal nicht kapitalistisch arbeiten könne, solle seine Vertreter, die Eisenbahn und die Post, in die Gewerkschaft einbeziehen. Das sei wahre Sozialisierung. Der Staat solle oberster Wächter der Wirtschaft sein. An die Stelle der egoistischen Wirtschaft müsse die kollektive Individualwirtschaft treten. (Langanhaltender Beifall.)

In der anschließenden Aussprache ergriff als Erster Dr. Walter Rathenau das Wort. Wir müssen den Weg der Produktionspolitik aus der letzten Entscheidung heraus in neue Bahnen führen. Die deutsche Wirtschaft leidet unter ihrer vollkommenen Desorganisation im Gegensatz zu Amerika, wo die Organisation die höchste Stufe erreicht hat. Bei uns war eine derartige Zentralisation bisher unmöglich, weil in Deutschland die Zentralisierung des Absatzes fehlt. Bei uns wird kaum ein Produkt folgerichtig mechanisch hergestellt. Wir brauchen die kollektive Arbeitsteilung in der ganzen Nation. Um das zu erreichen, ist es notwendig, daß die Gewerbe sich vereinigen und zusammenschließen. Wir wollen nicht Erbsen haben zur Bereicherung der Preise, sondern zur Heranzüchtung des Kaufkrafts. Diese Erbsen werden soziale Gebilde sein. Der Gedanke einer kollektiven Arbeitsteilung solle nicht etwa als Zwangsmaßnahme im allen Sinne aufgefaßt werden. Wir werden die Organisation der Selbstverwaltung schaffen. Diese Erkenntnis ist in weite Kreise der Industrie gebrungen, und es ist bezeichnend, daß kürzlich im Reichswirtschaftsrat ein Vertreter der Schwerindustrie sagte: „Ohne Dienstleistung können wir nicht mehr aus.“ Die Ausführungen Rathenaus bezeugen sich mehr als die verbale Seite des Problems. Es ist aber auch wichtig, die zweite Komponente des Wirtschaftsproblems, die horizontale Ordnung der Wirtschaft, bei der die Vergütung jeder Arbeitsleistung und aller Produktionskosten vermieden wird, zu betrachten, denn höchst rationelle Leistung auf diesem Gebiete ist das Entscheidende. Bei der horizontalen Verbindung der Industrien kann die Mittelbindung der Arbeiter und Angestellten im höchsten Maße berücksichtigt werden, und es ist klar, daß ein Höchstmaß sozialer Arbeit nicht im einzelnen Betriebe, sondern nur in einer Zentralkette geleistet werden kann. Vor allem müssen Arbeiter und Angestellte verlangen, daß bei allen Sozialisierungsversuchen, die gemacht werden, die Sachverständigen auch den Widerstand erbringen, daß in der neu zu schaffenden Wirtschaft keine Arbeitsstände vergeudet, kein Produktionsmittel nicht ohne Not ausgezehrt wird. Die Sozialisierung wird sich nicht von heute auf morgen schaffen lassen, und wenn die Kohle jetzt sozialisiert wird, so wird niemand glauben, daß es nun mit einem Schlag anders wird. Sozialisierung ist ein mehrjähriger Ausbruch. Nur die Produktionspolitik wird uns retten. Wir können nicht mit beiden Beinen in den Zukunftsstaat springen, sondern müssen Schritt für Schritt vorwärtschreiten.

Nach einer kurzen Aussprache, in der Specht (Frankfurt/Main) und der Abgeordnete im Reichswirtschaftsrat Eysler (Leipzig) sprachen, und einem Vortrag des Verbandsdirektors Gustav Schneider (Leipzig) wurde eine Entschließung eingebracht, in der es heißt, daß die Ausfuhr deutscher Waren ins Ausland durch die wachsende Mißstimmung der ausländischen Industrie der niedrigen Preise für deutsche Waren bedroht wird. Diese Gefahr könne nur überwunden werden, wenn die deutsche Industrie eine Preisstellung für Ausfuhrwaren trifft, die nicht allzusehr unter den Produktionskosten in den Einfuhrländern liegt. Der Kongress protestiert gegen diese auf das Augenmerk der Handelsgewerkschaften, die einen dauernden Schaden für die deutsche Volkswirtschaft bedeuten. Diese Resolution wurde dem Vorstand als Material überwiesen.

Gefährdung der Kohlenablieferung

Nachbesprechung der deutschen Vorschläge an die Entente.

Berlin, 27. November. (Holzamtlich.)

In der Ablieferung der Wiedergutmachungsschuld sind in der letzten Zeit Schwierigkeiten eingetreten, weil der Abnahmestand auf ein seit Jahrzehnten nicht mehr beobachtetes Maß zurückgegangen ist. Die Gefahr ist in greifbarer Nähe gerückt, daß die Verladungen nach dem Oberbächen ganz eingestellt werden müssen. Schon jetzt sind einige Oberbächen ganz ausgezehrt, andere in ihren Leistungen außerordentlich gesunken. Um die drohende Folge der Nichterfüllung des Spa-Abkommens abzumildern, mußten die bisher auf dem Wasser liegenden Wiedergutmachungstransporte zu einem großen Teile auf die Eisenbahn umgelegt werden. Empfindlicher Wagenmangel und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Schäden sind die Folge. Deutschlands Kohlenversorgung wird nur noch unter den größten Anstrengungen aufrechterhalten. Die deutschen Bemühungen, trotz allem die Ententeleistungen zu befriedigen, stoßen dabei auf die weitere Schwierigkeit, daß die belgischen und französischen Bahnen zur Abnahme der erhöhten Vorratstransporte gar nicht in der Lage sind. Alle Vorstellungen bei der Entente, dadurch die Erfüllung des Spa-Abkommens zu ermöglichen, daß die Wiedergutmachungsschuld, wie der Friedensvertrag es vorseht, zum Teil auch über deutsche Eisenbahnen geleistet werden darf, waren bis jetzt erfolglos. Auch die Bemühungen, für die Bahntransporte nach Frankreich ausreichende Mengen französischer Wagenmaterials zu erhalten, hatten nur einen ganz unbedeutenden Erfolg. Die langen Wege, die deutsche, mit Kohle beladene Wagen in Frankreich und Belgien zurücklegen müssen, sind auch nicht annähernd ausgeglichen durch Zurückstellung einer entsprechenden Zahl fremder Wagen. Bei dieser Sachlage wäre es möglich, daß am Ende die Zweimillionen-Tonnenlieferung mit einem Abschlag abgeht.

Zwischen Versailles und Moskau

Von Ehm Welk-Leipzig.

Verailles und Moskau sind die stärksten Ausprägungen jener zwei wirtschaftlichen Theorien, die heute die Völker bewegen; sie veranschaulichen aber auch in brutaler Nacktheit die politischen Methoden, mit denen die Theorien durchgeführt werden sollen. Das Ziel wird der Welt weder von der einen, noch von der anderen Seite kommen. Es gebührt nicht Anmaßung und nicht Stolz auf eine gewonnene Erkenntnis dazu, das zu sagen: die Erkenntnis nämlich ist billig zu gewinnen, daß Ideen, die ihren Glanz allein von entblühten Schwertern erhalten, auch dann, wenn sie zunächst sich behaupten, niemals von Dauer sein, niemals der Menschheit zum Segen gereichen werden. Denn das jene Völker, die sich zu ihnen bekennen, nur selbstschädlich an den eigenen Vorteil denken, kann man nicht gut behaupten: von den Versaillesern und den Moskauern glaubt sicher die Mehrzahl der Welt zu dienen. Die ohnmächtige Wahrheit wird eben in der Mitte liegen.

Zwischen Versailles und Moskau liegt Deutschland. Es liegt dazwischen geographisch, wirtschaftstheoretisch und allgemein politisch. Wie die ohnmächtige Wahrheit zwischen den Anschauungen und angewendeten Systemen liegt es da. Seine große weltgeschichtliche Aufgabe hat ein anderes Gesicht bekommen als das, das vor und in dem Kriege oberflächlich Deuter dem Worte gegeben haben von deutschen Weisen, an dem die Welt gesehen werde. Heute besteht die, nicht gesuchte, Aufgabe darin, zwischen den anscheinend unversöhnlichen Gegensätzen im wirtschaftlichen Becken zu vermitteln und einer Idee zum Siege zu verhelfen, deren Reflex nicht von Bajonetten, sondern von der Pfugschaar juristisch ist. Das sind zwei übermenschliche Aufgaben, aber es ist möglich, daß die Lösung gerade einem Staate gelingt, dem die Versuchung verlockend ist. Jedenfalls muß er sein Leibesvermögen; schon weil die Gegenstände sonst mit Notwendigkeit auf seinem Gebiete zum Austrage kommen müssen. Das aber würde für Deutschland nicht nur eine Passivität des Mittlers bedeuten, sondern auch ein Colossus. Mit der Selbstausopferung aber die spätere Weiterlösung erkaufen zu wollen, wie verlegene politische Chalken wollen, kann nicht Aufgabe von Menschen, vor allen Dingen nicht von Völkern sein.

Wir haben Versailles und Moskau in uns; wir Einzelmenschen und wir deutscher Staat. Brutalität, Heuchelei und der ehrliche Glaube, das Beste zu wollen für uns und die Anderen kämpfen in jedem, der aufrichtig ist gegen sich. Und der Staat steht innerhalb seiner Grenzen die Moskauern und die Versailleser Wirtschaftstheorie; er steht auch die politischen Systeme, die von jenen Theorien genährt werden. Der Mikrokosmos des Weltespiegels spiegelt sich in der deutschen Volksgemeinschaft und im Individuum. Und wie viele Einzelpersönlichkeiten sind der Staat, die Regierung, zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Ausgleich zunächst im engsten und engen Raume angebahnt werden muß. Deutschland kann keine, diesmal wahrhaft weltpolitische, Mission mit Aussicht auf Erfolg erst beginnen, wenn es durch seine Taten, durch sein Leben die Eignung für die Mittlerrolle bewiesen hat. Und da es um diese Fähigkeit nicht herumkommt (das Schicksal zwang es ja den Versuch), muß es allen Gewaltpredigern im eigenen Lande zum Trotz sich ernstlich und bald damit befassen.

Das heißt nach innen. Wir müssen uns endlich entschließen freimachen von dem reinen kapitalistischen Wirtschaftssystem, wie wir es vor dem Kriege hatten. Darin sind sich die Leute einig, von dem Deutschland nationaler Gedanke über den Volksparteiler Stresemann, den Demokraten Gothein, den Sozialdemokraten Scheidemann bis zu dem Unabhängigen Ostmann und dem Kommunisten Leo. Eine Wirtenschaft also. Leider doch wieder nicht, denn in dem Grad der gewollten Befreiung gibt es keine gleichmäßige Stufenleiter von rechts nach links; es klappt vielmehr an einer Stelle, zwischen Gothein und Scheidemann, jene feste Kluft, deren Diesseits und Jenseits heißt: Kapitalismus — Sozialismus. Ausgeschlossen kann diese Kluft nur werden, wenn wir an beiden Ufern abtragen: die Unversöhnlichkeit der Wirtschaftstheorien kann abgeschwächt und aufgehoben werden durch die Wirtschaftspolitik: zwischen Privatwirtschaft und Sozialisierung gibt es eine Verständigung.

Es wird, das ist richtig, seit langem versucht, aber ihre Früchte sind kaum zu sehen. Wir werden uns also entschließen müssen, sie nach anderen Methoden zu finden, als das bisher versucht wurde. Sollte nicht der Grund des Mißerfolges der sein, daß wir an die Frage herangehen mit dem vorkriegszeitlichen Werkzeug? Auf beiden Seiten: hier der kapitalistische Grundgedanke, der zu Zugeständnissen bereit ist, dort der Klassenkampfgedanke, der sein Grundanliegen hinter taktischen Erwägungen verbirgt? Der Geist nämlich scheint haben und drüben der alte geblieben zu sein. Zwischen Monarchie und Zukunftsstaat haben wir, oder die Verhältnisse, die Republik gefehlt. Die Wandlung schuf weder die Anhänger der einen noch die der anderen Richtung aus der Welt, sie war aber die Verbindung. Und wenn das Volk es nun vorzieht, statt nach der anderen Richtung wieder nach der alten zu wandern, so ist dafür ein einigermaßen gefahrloser Weg gefestigt. Die Möglichkeit freilich besteht auch, daß es ihm auf diesem Untwegs so gut gefällt, daß es Kraft macht und sich ansetzt. So sollte man es doch eigentlich verstehen und nur so, das viel gebrauchte Trefen auf den Boden der gegebenen Tatsachen. Viele Tatsachen wurden durch eine Revolution geschaffen, und Revolutionen sind keine Erfolge politischer Kämpfe. Deshalb auch sind die durch Revolutionen geschaffenen Tatsachen gewaltlos nur dann zu meistern, wenn man den neuen Geist, den sie mit sich bringen, zu verstehen vermag. Nicht von gestern und morgen, nicht von rechts und links — von heute aus, von der Mitte, von der Tatsache aus muß also die Verbindung auch zwischen dem wirtschaftlichen Zukunftsstaat und der wirtschaftlichen Monarchie ge-